

Brückenbau zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – Walter Sylten um 80. Geburtstag –

von Reiner Bernstein¹

Es wird der Frühsommer 1965 gewesen sein, als ich Walter Sylten zum ersten Mal begegnet bin. Als Student an der Freien Universität Berlin war ich vor kurzem vom Leo-Baeck-Institut in London zurückgekehrt, wo ich meine Promotion über den „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und seine Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus in der Weimarer Republik vorbereitet hatte. In London hatte uns die Nachricht erreicht, dass Kurt Birrenbach im Auftrag von Ludwig Erhard die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in die Wege leitete.

Bis zu jenem Zeitpunkt hatte ich mich mit dem Thema „Israel“ wenig beschäftigt, sondern war ganz in der jüdischen Geschichte in Deutschland und Mitteleuropas „aufgegangen“. Zurück in Berlin versuchte ich zwar, Kontakt zur Deutsch-Israelischen Studiengruppe an der FU um die Theologen Helmut Gollwitzer und Friedrich Wilhelm Marquardt sowie die Studenten Heinz Wewer, Eike Geisel, Ansgar Skriver und Peter Müller zu gewinnen, doch zerschlugen sich Konkretisierungen einer aktiven Mitarbeit rasch. Gleichwohl war ich dabei, als im Mai 1966 Adolf Arndt mit seinem Vortrag in der Akademie der Künste am Hanseatenweg die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) öffentlich vorstellte. Im Gedächtnis geblieben sind mir Gerhard Jahn und Ernst Benda, denen ich später verschiedentlich begegnet bin.

¹ Am 16. Februar 2010 feierte Walter Sylten in Berlin seinen 80. Geburtstag. Sylten gehörte der Senatskanzlei unter dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz an und war später der Verwaltungschef im Bezirksamt Berlin-Zehlendorf. Sein Vater Pfarrer Werner Sylten wurde als „Halbjude“ deportiert und im August 1942 in Dachau ermordet. In Erinnerung an seinen Vater hat Walter Sylten die „Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte“ an der Seite von Probst Heinrich Grüber – Leiter des „Büro Pfarrer Grüber“ in der Nazizeit – geleitet. Ich selbst war Walter Sylten durch meine Tätigkeit als Leiter des Bonner Büros der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. in den Jahren 1971 bis 1977 verbunden. Nun haben 45 Autorinnen und Autoren den Anlass des 80. Geburtstages genutzt, Walter Sylten mit der Festschrift „Streiter für die Rechte der Verfolgten der Nazidiktatur“, hrsg. von Hartmut Ludwig (Logos Verlag Berlin 2010), zu ehren. Mein Beitrag ist in diese Festschrift eingegangen.

Kurz darauf dürften Walter Sylten und ich die ersten Kontakte geknüpft haben. Jedenfalls lud er mich ein, in einer Arbeitsgruppe des Pädagogischen Zentrums an der Entwicklung von Modellen zur jüdischen Geschichte mitzuwirken. Sechs Jahre zuvor hatte der Verband Deutscher Studentenschaften die Schrift „Erziehungswesen und Judentum“ vorgelegt, in der der Verband erhebliche Defizite im Unterricht an verschiedenen Schularten ermittelte. Vorausgegangen waren die Schmierereien an der Synagoge in der Kölner Roonstraße. Die Kontroversen um diese Schrift herum, ob ohne den Holocaust die pädagogische Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte gerechtfertigt sei, spiegelten sich auch in unserer Arbeit wider. Immerhin wurde ich nach ersten Einladungen, an einer Studienreise der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Hannover 1967 und der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn 1968 aufgefordert, ein Themenheft in der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ zur „Geschichte des jüdischen Volkes“ zu schreiben, während das Themenheft zu Israel plötzlich anderweitig vergeben wurde.

Nach dem Ende des Studiums 1968 ging ich als Redakteur zum Saarländischen Rundfunk. Es war eine schöne Zeit für mich, eingebettet in das Klima der freundlichen Offenheit an der deutsch-französischen Grenze. Als Walter Sylten im Spätsommer 1970 bei mir anfragte, ob ich daran interessiert sei, in die Bonner Geschäftsführung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft einzutreten, war es damit vorbei. Während mich nach dem Vorstellungsgespräch in Bonn der Alttestamentler und damalige Rektor der Universität Heidelberg Rolf Rendtorff mit seinem Dienstwagen bis nach Mannheim mitnahm, fühlte ich nach seinen Bemerkungen zu meinen künftigen Aufgaben eine erste Beklommenheit, ob meine Zusage richtig gewesen sei.

Sie sollte sich allzu schnell als berechtigt herausstellen: Ich war eingeklemmt. Zum einen stellte sich heraus, dass die wirtschaftliche Lage des Vereins alles andere als rosig war. Zum anderen – und das wog noch schwerer – prallten die unterschiedlichen Auffassungen über das politische Selbstverständnis des Vereins hart aufeinander: Viele Mitglieder im Präsidium bestanden darauf, dass die DIG eine Freundschaftsgesellschaft im Schatten des Holocaust sei, während manche, zu denen ich mich zählte, an die Tradition des deutschen Zionismus um Kurt Blumenfeld, Martin Buber, Hans Kohn, Judah L. Magnes, Georg Landauer, Arthur

Ruppin und Robert Weltsch mit jenem „neuen Israel“ anknüpfen wollten, das sich um den Ausgleich mit den palästinensischen Nachbarn zu bemühen habe. Im Februar 1978 schrieb mir Helmut Gollwitzer in einem persönlichen Brief:

„Martin Buber war der Meinung, ein Zionismus, der den vorhandenen Levantestaaten nur einen weiteren hinzufüge und der dann alle Sünden der heidnischen Staaten wiederhole, sei uninteressant, sowohl für das Judentum wie für die Menschheit. Die Jüdischkeit des neuen Staates müsse sich deshalb nicht erweisen an der Unterwerfung der Bevölkerung unter das Religionsgesetz per Staatsgesetz; sie müsse sich vielmehr erweisen an der beharrlichen Bemühung um das friedliche – und das heißt: gleichberechtigte – Zusammenleben mit den Arabern innerhalb Israels und mit den arabischen Nachbarn. Wenn ein Volk nicht ‚Herrenvolk‘ sein dürfe, dann das jüdische, und nicht ‚unversehens‘ in eine ‚Herrenvolk‘-Position hinzugeraten, sei darum ein Hauptgebot zionistischer Politik, die das Wort nicht mißbräuchlich in ihrem Namen führen wolle.“

Vorausgegangen war ein schwerer Streit mit dem zwischen Berlin und Israel pendelnden zionistischen Revisionisten Yohanan Bloch an der Universität Beersheva. Unvorsichtigerweise hatte Gollwitzer ihm den Text seines dort geplanten Vortrages Wochen zuvor zugeschickt, worauf Bloch mit heftigen persönlichen Angriffen auf ihn während des Buber-Kongresses reagierte.

In den Debatten in meiner Bonner Zeit habe ich Walter Sylten erstmals näher kennengelernt. Hatte er in der Berliner Arbeitsgruppe aufgrund seiner Tätigkeit in der Senatskanzlei nur sporadisch an den Sitzungen teilnehmen können, so ließ ihm das neue Amt als Verwaltungschef im Rathaus Zehlendorf größeren zeitlichen Spielraum. An den Sitzungen des DIG-Präsidiums in Bonn kam er nun fast regelmäßig. Die Kontroversen, die sich auf einige örtlichen Arbeitsgemeinschaften übertrugen, fielen im Schatten eines Wächteramtes, zu dem sich die Israelische Botschaft berufen glaubte, vielfach heftig aus.

Die schon damals erkennbare Siedlungstätigkeit in der Westbank, im Gazastreifen und auf den Golanhöhen lief für mich in moralischer und diplomatischer Hinsicht auf eine höchst schädliche, ja selbstzerstörerische

Politik Israels hinaus. Wenn ich an meiner Grundüberzeugung des notwendigen Ausgleichs der nationalen israelischen und palästinensischen Interessen noch Zweifel gehabt hätte, so „überzeugte“ mich die Kritik Yohanan Blochs, der die Ostpolitik Willy Brandts und das Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze strikt ablehnte, weil er in ihr einen Präzedenzfall für die deutsche Israel-Politik erblickte. Als DIG-Präsident Heinz Westphal nach dem Oktoberkrieg 1973 beim Empfang durch Staatspräsident Zalman Shazar pflichtgemäß den Anspruch Israels auf Sicherheit ansprach, wurde er von einem Adjutanten mit der Bemerkung zurechtgewiesen, dass der Staat schon selbst dafür Sorge...

Dass die Israelische Botschaft mittels ihrer politischen Verbündeten im DIG-Präsidium gleichwohl größten Wert auf das Bekenntnis legte, Israel brauche nicht nur sichere und anerkannte, sondern auch verteidigungsfähige Grenzen, bescherte der Gesellschaft spätestens dann ein Glaubwürdigkeitsproblem, als die israelische Regierung 1974/75 im Zuge der Pendeldiplomatie Henry Kissingers mit Ägypten und Syrien Truppenentflechtungen im Sinai und auf den Golanhöhen vereinbarte. Für mich erledigten sich endgültig Formeln, die in DIG-Verlautbarungen zum Standardprogramm gehörten. Die DIG lief Gefahr, souveränen Entscheidungen Israels hilflos hinterherzulaufen. Ich entsinne mich, als Westphal nach dem Mord an den elf israelischen Olympiateilnehmern 1972 in München eine Sammelspende von 110 000 D-Mark für die Angehörigen in der Botschaft übergab und wir mit der Eröffnung konfrontiert wurden, dass das Geld der Verteidigung Israels gegen seine Feinde dienen werde.

Meine zaghaften Versuche der beruflichen Neuorientierung Mitte der 1970er Jahre – gleichsam als Befreiungsschlag zu unser aller Vorteil – durch Kontakte in Ministerien hinein signalisierten mir die Chancenlosigkeit eines Wechsels: Wer wollte es sich dort schon mit der Botschaft verderben, deren Angehörige – wie mir klagend berichtet wurde – allzu häufig vor der Tür standen? Israel gehörte zu den Entwicklungsländern und beanspruchte über jene jährlich 140 Millionen D-Mark hinaus, die ihm nach dem Auslaufen der Luxemburger Verträge von 1952 überwiesen wurden, eine Vorzugsbehandlung auf vielen Ebenen.

Als Leiter des Bonner Büros hatte ich für die Exekution aller Beschlüsse zu sorgen. Eigene Vorlagen stießen auf heftige Kritik, bis die Israelische

Botschaft der DIG „die Vertrauensfrage“ stellte. Anlass boten im Herbst 1976 der Höflichkeitsbesuch einer Delegation Berliner Kommunalpolitiker und Jugendleiter beim stellvertretenden Bürgermeister im arabischen Nazareth – einem israelischen Staatsbürger! – sowie die Übermittlung der vom Präsidium beschlossenen Einladung an den Jerusalemer Erziehungswissenschaftler Ernst Akiva Simon, bei der nächsten DIG-Hauptversammlung im Mai 1977 zum Verhältnis zwischen Pädagogik und Politik zu sprechen. Beides löste in der Bonner Simrockstraße „höchstes Erstaunen“ aus. Es fühlte sich bestätigt, als eine in Bonn tätige deutsch-jüdische Korrespondentin an ihr Blatt in Tel Aviv berichtete, dass ich die DIG ins Lager der PLO zu führen beabsichtige.

Zusätzlich kam es durch die gezielte Indiskretion eines Präsidiumsmitglieds, das einen Briefwechsel zwischen Westphal und dem deutschen Botschafter in Tel Aviv der Israelischen Botschaft zur Kenntnis brachte, fast zu einer schweren diplomatischen Verstimmung. Zwei Tage nach der DIG-Hauptversammlung ging der „Likud“ mit Menachem Begin aus den Wahlen als Sieger hervor. Meine Arbeit wurde über Nacht beendet. Wir schieden „im gegenseitigen Einvernehmen“ – die übliche Formel für das fehlende politische Vertrauen.

Aus Gründen seiner Familienbiographie und aus politischen Überzeugungen neigte Walter Sylten wohl eher jener Seite zu, die den Regierungen Israels unter Golda Meir und Yitzhak Rabin einen beträchtlichen Vertrauensvorschuss einzuräumen bereit war; in einem Interview mit der „Jerusalem Post“ hat Rabin später eingeräumt, dass er die Flügel in seiner Partei im Blick auf die palästinensischen Gebiete nicht austarieren konnte. In der Endphase der Krise, die zum Ausscheiden der „Fünferbande“ – Rolf Rendtorff, dem SPD-Abgeordneten Klaus Thüsing, dem Neutestamentler und späteren Pfarrer Ulrich Kusche, der Geschäftsführerin des Berliner Landesjugendrings Irma Haase und mir – aus der DIG im Juni/Juli 1977 führte, versuchte er, mir die Unumgänglichkeit der Trennung zu vermitteln. Gleichwohl habe ich aus nachträglichen Erzählungen verstanden, dass Westphal und Sylten die Gesellschaft auf jenen Kurs halten wollten, den Ernst Benda einmal als „kritische Solidarität“ beschrieben hatte, über die freilich eine Mehrheit in der Gesellschaft die offene Diskussion zu vermeiden suchte. Meine Empfindung persönlicher Zuneigung zu Walter Sylten hat durch die

www.reiner-bernstein.de

politischen Dissonanzen nicht gelitten. In entspannter Atmosphäre sind wir uns später hin und wieder in Berlin begegnet. Ja, wir haben sogar zum vertrauten „Du“ gefunden. Unter „Sozis“, wie er zu sagen pflegte, war das nicht selbstverständlich.

Mein eigenes Interesse am Thema Nahost habe ich fortgesetzt. Dass mich Ende 2009 ein Abgeordneter des Bundestages als „inoffiziellen Botschafter israelisch-palästinensischen Genfer Initiative“ einer Delegation aus Tel Aviv vorstellte und dass deutsche Diplomaten meine Homepage als eine der besten zum Nahen Osten bezeichnet haben, registriere ich mit politischer Genugtuung. Denn ich bin davon überzeugt, dass der Staat Israel nur dann die gesicherte Zukunft gewinnen wird, wenn er seinen Primat des Militärischen aufgibt und endlich dem Politischen den Vorrang einräumt. Statt den Frieden durch Sicherheit sollte Israel die Sicherheit durch Frieden suchen. Und: Der Ansatz des Brückenbaus zwischen Juden und Deutschen war und ist für mich kein Widerspruch geblieben. Seit Jahren bin ich Vorsitzender der Bürger-„Initiative Stolpersteine für München“, deren Verlegung auf öffentlichem Grund in trautem Zusammenspiel zwischen Stadtrat und Israelitischer Kultusgemeinde mit Begründungen verboten worden ist, die nicht nur in Deutschland, sondern unter Hinterbliebenen der damaligen Opfer in aller Welt mehr als Kopfschütteln hervorrufen.

Dir, lieber Walter, gelten die herzlichen Glückwünsche des neun Jahre Jüngeren. Mögen Dir und Deiner Frau viele Jahre des guten Zusammenlebens beschieden sein.

-.-.-.-.-